

KURZPROTOKOLL - Landesvorstandssitzung am 28.04.2017

An der Landesvorstandssitzung und der gemeinsamen Beratung mit den Delegierten zum 5. Bundestag in Hannover nahmen 17 von 20 Landesvorstandsmitgliedern und 15 Gäste in der Landesgeschäftsstelle teil.

Die Sitzung wurde eröffnet mit dem Thema Kreisneugliederung in Thüringen in Bezug auf die Veröffentlichung des weiteren Vorschlags des Thüringer Innenministers am 19. 4. 17 zur Kreisneugliederung. Susanne Hennig-Wellsow und Benjamin Hoff unterrichteten den Landesvorstand und die Gäste über aktuelle Gegebenheiten und Vorhaben. Es wird erwartet, dass es bis zur 2. Lesung einen zustimmungsfähigen Gesetzesentwurf gibt. Der Fraktionsarbeitskreis Inneres koordiniert die Vorschläge. Gleichberechtigt und transparent sollen Gründe dargestellt werden, warum eine Stadt den Status „Kreisstadt“ erhält. Die LINKE will eine bestmögliche demokratische Reformentwicklung für Thüringen mit Wissenszufluss aus ganz Thüringen auf den Weg bringen. Benjamin Hoff erläutert dem Landesvorstand Vorschaltgesetz, Leitbild und die verschiedenen Ebenen der Debatte, verschiedene Kompensationsvarianten (Wirtschaftsförderung, Standortverlagerung, Ausgleichsmaßnahmen, Entschuldung, Bürgerzentren, Neugliederungsgesetz usw.) sowie den zeitlichen Fahrplan dazu. In enger Kommunikation zwischen den Beteiligten soll der Gesetzesentwurf weiter qualifiziert werden.

Der Landesvorstand wurde über die vom Innenministerium bisherigen angenommenen Anträge zur Gemeindeneugliederung informiert.

Es sollte nochmals eine Veranstaltungsreihe zur „Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform“ für alle Kreise angeboten werden. Positive Beteiligungsformen und Verantwortungsübernahme in den verschiedenen Kreisen können Vorbild und Ideenaustausch für die Gemeinden sein und den Kommunikationsprozess der Gemeinden verbessern.

Im Ergebnis der Debatte verabschiedet der Landesvorstand folgende Erklärung:

Wege für gemeinsames Agieren finden!

Seit der Veröffentlichung des weiteren Vorschlags des Thüringer Innenministers am 19. 4. 17 zur Kreisneugliederung schlugen die Wellen hoch. Nun ist die erste Aufregung vorüber und es gilt, den Blick in die Zukunft zu richten. Der Landesvorstand der LINKEN diskutierte am heutigen Abend das „Wie“, nicht das „Ob“ der Reform.

Die Landtagsfraktion der LINKEN hat sich auf den Weg der Lösungsfindung begeben und arbeitet gemeinsam mit ihren Partnern in der rot-rot-grünen Landesregierung und in ganz Thüringen daran, ein zustimmungsfähiges sowie verfassungskonformes Gesetzgebungsverfahren weiter voranzutreiben.

Diesen Weg und die unterbreiteten Vorschläge der Landtagsfraktion bezüglich

- *der Sicherung der Zukunftsfähigkeit für die Städte Gera und Weimar durch Kooperation in den Regionen,*
- *nachvollziehbarer und transparenter Kriterien für die zukünftigen Kreisstädte sowie die Benennung von Ausgleichsmaßnahmen für die Städte, die diesen Status verlieren werden und*
- *der Schaffung ökonomischer und gleichgewichtiger Strukturen in Südthüringen unter raumordnerischen und landesplanerischen Gesichtspunkten*

unterstützt der Landesvorstand.

Er spricht sich dafür aus, dass nunmehr durch das Innenministerium zügig über die vorliegenden Anträge zur Gemeindeneugliederung entschieden wird. Diese Entscheidungen sollen in einem direkten Kommunikationsprozess mit den antragstellenden Gemeinden, welche die Freiwilligkeitsphase nutzen wollen, vorbereitet werden.

Gleichzeitig sollten zeitnah die weiteren Schritte zur umfassenden Verwaltungs- und Funktionalreform öffentlich vorgestellt werden.

Zu jeder Sitzung wird sich der Landesvorstand über die weiteren Schritte im Reformvorhaben verständigen und nutzt dazu die Erfahrungen und Diskussionsergebnisse in den Gebietsverbänden.

Im zweiten Teil der Sitzung berät der Vorstand über die vorliegenden Änderungsanträge/ Anträge an den 5. Bundestag der LINKEN (Leitantrag, Entwurf Bundestagswahlprogramm).

Der Landesvorstand beauftragt die AG Grundsatz die vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen (wie z.B. Bezug zu Landesebene, Treuhandpolitik-Aufarbeitung, redaktionelle Hinweise) zum Entwurf Bundestagswahlprogramm zu erarbeiten. Über den Änderungsantrag zur Einreichung an den Parteivorstand wird der Landesvorstand in seiner nächsten Sitzung am 19. Mai 2017 entscheiden. (alle Hinweise bis zum 8.5.2017 an Volker Hinck erbeten) Alle weiteren Anträge zum Leitantrag, die nicht durch Gremien eingereicht werden, müssen mit mind. 25 Unterstützer-Unterschriften bis zum 25.5.2017 an den Parteivorstand eingereicht werden.

Nach der gemeinsamen Beratung mit den Delegierten waren noch 9 von 20 Vorstandsmitgliedern anwesend (keine Beschlussfähigkeit). Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, Anfragen und Hinweise für den Tagesordnungspunkt „Beschlusskontrolle“ deshalb bis zum 12.5.2017 an die Landesgeschäftsstelle zu geben.

Dem Landesvorstand wurden die eingereichten Mitgliederzahlen und Berichte der Landesarbeitsgemeinschaften vorgelegt. Der Entwurf des Delegiertenschlüssel LAG/AGs für den 6. Bundestag wurde von der Landesgeschäftsstelle erarbeitet. Dieser wird zusammen mit den Berichten der LAG/AGs dem Landesausschuss übergeben. Der Landesausschuss wird gebeten, in seiner Sitzung am 12.5.2017 entsprechende Beschlussfassungen vorzunehmen.

Zwei neue LAGs sind in Gründung „Grundeinkommen“ und „Drogen-& Suchtpolitik“. Interessenten sind hierzu herzlich eingeladen. Kontaktdaten vermittelt die Landesgeschäftsstelle.

Es wird auf folgende Termine hingewiesen:

- 1. Mai Kampf- und Feiertag in über 20 verschiedenen Thüringer Städten
- 7.5.17, Landtagswahl SH
- 12.5.17, Landesausschuss-Beratung
- 14.5.17 Landtagswahl NRW
- 18.5.17, Kreisvorsitzenden-Beratung
- 16.6.17 „Thüringen rockt“ - Konstantin Wecker
- 12.8.17, Summerlounge 3

Die nächste Landesvorstandssitzung findet am 19.5.2017 in der Landesgeschäftsstelle statt.